

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pbbn d

Inhalt

Jürgen Linde MdB, Parla-
mentarischer Geschäfts-
führer der SPD-Bundestags-
fraktion, stellt der FDP
die Frage nach der politi-
schen Glaubwürdigkeit:
Jeder hat nur soviel politi-
sches Gewicht, wie es
ihm die Wähler gegeben ha-
ben. Seite 1

Wolfgang Clement fragt,
wann und wie es Neuwahlen
gibt: Die Wähler haben An-
spruch auf Sicherheit vor
neuen Täuschungsversuchen.
Seite 3

Inge Donnepp MdL, NRW-Ju-
stizminister: Neue Koali-
tion mit rechtspolitischem
Armutzeugnis.
Seite 4

Horst Jaunich MdB: Hein-
rich Geißler in unsauberer
Doppelrolle. Seite 5

Karl Heinz Klejdzinski MdB:
Wo bleibt Dreggers Steuer-
garantie? Seite 6

Arne Börnsen MdB: DDR-Füh-
rung ist tief besorgt über
Bonner Regierungswechsel.
Seite 7

Helmut Rothemund MdL be-
schreibt den Machtmißbrauch
im "CSU-Rundfunk": Bayern
am Rande der Demokratie.
Seite 8

37. Jahrgang / 189

5. Oktober 1982

Glaubwürdigkeit in der Demokratie

Auch die FDP hat nur soviel politisches Gewicht, wie die
Wähler ihr gegeben haben

Von Jürgen Linde MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue Bundesregierung CDU/CSU/FDP mit Kohl, Zimmermann
und Genscher wird sich an dem denkwürdigen 1. Oktober 1982
messen lassen müssen.

Bundeskanzler Helmut Kohl wird an der Frage gemessen, ob
es ihm gelingt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ohne den
sozialen Frieden zu erschüttern. Er und seine Fraktion be-
finden sich in einer schlimmen Lage. Zu lange hat die Sont-
hofener Strategie alternative Handlungskonzepte verhindert.
Eigenes Profil in der Wirtschaftspolitik ist bei der CDU
nicht zu erkennen. Will sie sich nicht nach dem Lambsdorff-
Papier ausrichten, muß sie sich mit dem mittleren Weg der
strukturellen Anpassung auseinandersetzen, den Sozialdemo-
kraten vorgezeichnet haben.

Es ist gut, daß Helmut Kohl sich die fehlende demokratische
Legitimation durch Neuwahl wenigstens am 6. März 1983 be-
sorgen will. Wir Sozialdemokraten sind dafür gerüstet und
vertrauen darauf, daß Kohl seine Kanzlerschaft nicht auf
falschen Aussagen aufbaut. Ob die in der neuen Mannschaft
schon jetzt sichtbaren widerstreitenden Interessen aus-
reichen, das Neuwahlziel zu erreichen, mag dahinstehen. Der
Bundeskanzler kann bei den Sozialdemokraten darauf zählen,
daß wir zusammen mit der überwältigenden Mehrheit der Bür-
ger jetzt Neuwahlen fordern.

Die neue Bundesregierung hat eine inhaltliche Glaubwürdig-
keitslücke in Bezug auf Liberalität. Die autorität-konser-
vative Position ihres Innenministers ist die allerschwerste
Belastung. Ihn gegen den engagierten Verfechter liberaler
Innen- und Rechtspolitik Gerhart Rudolf Baum einzusetzen,
ist weniger Alternative als offene Provokation. Man wird
im Parlament sorgfältig beobachten müssen, wie weit die FDP
ihre bisherigen Positionen etwa bei der Überprüfungspraxis



von Bewerbern im öffentlichen Dienst, beim Datenschutz oder im Umweltschutz aufzugeben bereit sein wird. Die SPD wird darüber wachen, daß die neben der Außen- und Deutschlandpolitik größten Gemeinsamkeiten der sozial-liberalen Politik in der Innen- und Rechtspolitik bewahrt und nicht verschlissen werden. Die Freien Demokraten werden um eine Ergänzung der Vereinbarungen und um liberale Handlungskonzepte kämpfen müssen. Wir Sozialdemokraten werden uns am Punkt zwölf der Erklärung vom Bundeskanzler Helmut Schmidt ausrichten: "Eine menschliche Gesellschaft bedarf der inneren Liberalität, über die Qualität unserer Demokratie entscheidet zu allererst der Respekt vor der Freiheit und der Würde des Anderen, das heißt: das Maß an innerer Liberalität, die wir tatsächlich üben und bewahren. Ohne gelebte Freiheit gibt es keine politische Kultur."

Sozialdemokraten sind keine schlechten Verlierer. Wir nehmen die Oppositionsaufgabe an und spalten nicht die FDP. Wir vertrauen jedoch darauf, daß diejenigen, die in Treue an dem Wählerauftrag von 1980 festgehalten haben, in dem Innerparteilichen Richtungsstreit in der FDP selbst sich durchsetzen werden.

Zur Glaubwürdigkeit trägt auch ein offenes Urteil über den Bruch der sozial-liberalen Koalition bei. Wolfgang Mischnick hat sich in seiner bewegenden Rede am 1. Oktober gegen den Vorwurf des Verrats an dem Wählerauftrag von 1980 gewandt. Seine Schuld ist es nicht gewesen. Aber seine Meinung, daß die Unterschiede in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Unfähigkeit, hier zu Kompromissen zu kommen, die Trennung herbeigeführt hätte, kann so nicht stehen bleiben. Sozialdemokraten hätten zusammen mit den Freien Demokraten den strukturellen Anpassungsprozeß und den schwierigen Entscheidungsprozeß auf einer mittleren Linie der Vernunft mitvollzogen. Den Münchner Parteitag hat die FDP nur deshalb zum Streitpunkt ausgewählt, weil die SPD hier dem Versuch der Wendepolitik sozialdemokratisches Profil entgegengesetzt hat. Selbstverständlich gab es in der SPD Diskussionen. Es ging dabei im Kern um die inhaltliche Ausrichtung der sozial-liberalen Politik und seit dem Sommer 1981 zunehmend um eine unterschiedliche Einschätzung der Koalitionstreue und Kompromißbereitschaft der FDP.

Die Landtagswahlen in Berlin und Hamburg, die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes hätten die FDP die Grenze des Zumutbaren erkennen lassen müssen. Zusammen mit CDU und CSU hat die FDP versucht, die Kreditpolitik, die Arbeitslosenzahlen und die fehlende soziale Gerechtigkeit als taktische Instrumente gegen die SPD einzusetzen. Ob und wann Helmut Schmidt und die Sozialdemokraten sich von dieser Taktik befreit haben, ergibt sich aus den Protokollen des Deutschen Bundestages. Es begann mit der letzten Warnung am 9. September und endete mit dem Austritt der Freien Demokraten aus der sozial-liberalen Bundesregierung am 17. September. Die Zusammenarbeit wurde unmöglich, weil der einzige Satz: "Die FDP steht fest zur sozial-liberalen Koalition" immer wieder zunächst verschoben und dann auch bis zuletzt nicht ausgesprochen wurde.

Nicht der FDP-Fraktionsvorsitzende, sondern Genscher und Lamsdorff haben die Koalition zerredet, zerbrochen und schließlich in ein anderes Bündnis gewendet. Mit Sozialdemokraten wären noch viele Kompromisse zu schließen gewesen, allerdings nur solche, die die Eigenständigkeit sozialdemokratischen Denkens und Handelns nicht absichtsvoll beschädigten.

Die FDP muß, will sie insgesamt glaubwürdig bleiben, erklären, warum sie CDU und CSU in den Koalitionsabsprachen Zugeständnisse gemacht hat, die sie der SPD bis zuletzt verweigert hat und als sozialistische Marterwerkzeuge brandmarken ließ. Die Höhe der Nettokreditaufnahme, öffentliche Investitionen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und vor allem die Ergänzungsabgabe in der Form der Zwangsanleihe sind die wichtigsten Beispiele.

Daß die Freien Demokraten in Hessen die Quittung bekommen haben für den Koalitionsbruch, müssen sie ertragen. Es war wohl das erste Mal, daß die Partei in der Mitte zwischen zwei Größeren in einem Wahlkampf nicht geschont, sondern zur Verantwortung gezogen wurde. Für die FDP ist der Koalitionsbruch, der sich nur in Bezug auf den Zeitpunkt gegen ihren Willen vollzog, die unaufhaltsame Konsequenz aus ihrem eigenen Verhalten. Auch dies gehört zur inneren Glaubwürdigkeit der Parlamentarischen Demokratie: Keiner darf auf Dauer ungestraft mehr politisches Gewicht geltend machen, als ihm die Wähler gegeben haben.
(-/5.10.1982/ks/ca)

+ + +



Wann und wie gibt es Neuwahlen?

Die Wähler haben Anspruch auf Sicherheit vor neuen Täuschungsversuchen

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Am "neuen Anfang" der Kohl/Zimmermann/Genscher-Regierung hat bekanntlich eine flagrante Wählertäuschung durch den FDP-Vorsitzenden gestanden. An Wiederholungen besteht, jedenfalls im Sinne der Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Ordnung, kein Bedarf. Das will sagen: Seit sich erwiesen hat, daß "Garantien" aus dem Munde Hans-Dietrich Genschers einem erheblichen Abnutzungseffekt unterliegen - wer würde, um ein berühmtes amerikanisches Vorbild heranzuziehen, von unserem Alt- und Neu-Außenminister noch unbesehen einen Gebrauchtwagen kaufen? - müssen jetzt Fakten her. Nach den verwirrenden und zutiefst widersprüchlichen Äußerungen aus dem Lager der Rechtskoalition zum Thema Neuwahlen muß Bundeskanzler Helmut Kohl jetzt unmißverständlich sagen, nicht nur, daß er Neuwahlen herbeiführen will, sondern wie dies geschehen soll.

Für die Sozialdemokraten ist dabei klar:

1. Wir wollten Neuwahlen jetzt, weil dies der sauberste Weg aus der durch die FDP-Führung herbeigeführten Lage gewesen wäre;
2. im Sinne der Kontinuität dieser Politik stellen wir uns auch Wahlen im März nächsten Jahres, wie sie von Kohl, Genscher und Strauß auf die unterschiedlichste - und unterschiedlich glaubwürdige - Weise versprochen worden sind;
3. dazu muß erwartet werden, daß CDU, CSU und FDP sich endlich kar werden und sagen, wie sie denn auf verfassungsrechtlich einwandfreie Weise zu solchen Neuwahlen kommen wollen.

Jedermann weiß: Das Grundgesetz hält nur einige wenige Wege zu einer Auflösung des Bundestages bereit. Welchen will der amtierende Bundeskanzler wählen? Viel Zeit, diese Frage vor aller Öffentlichkeit zu beantworten, besteht schon wegen der für Neuwahlen zu beachtenden Fristen nicht. Vor allem aber haben die Wählerinnen und Wähler einen Anspruch auf Sicherheit vor abermaligen Täuschungsversuchen.

Um dies hinzuzufügen: Daß Herr Kohl versucht, einen sachlich nicht bestehenden Zusammenhang zwischen Bundestags- und Landtags-Neuwahlen herzustellen, läßt nichts Gutes ahnen. Er wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Kompetenz eines Bundeskanzlers an den Pforten der Landtage endet. Kohls Zuständigkeit und Pflicht ist es also, sich für sein Amt zu äußern, denn nur von da her kann der Weg zu Neuwahlen freigemacht werden! Alles andere sind taktische Variationen, die wir im Übermaß genossen haben.

Apropos Glaubwürdigkeit: Die beachtliche Kürzung der Ministeregehälter, die Helmut Kohl gestern vom Kabinett der Rechtskoalition auf sehr publikumswirksame Weise beschließen ließ, bedarf einer kleinen, aber nicht unwesentlichen Ergänzung: Die von Helmut Kohl, Friedrich Zimmermann und Manfred Wörner zusätzlich bestellten Staatsminister beziehungsweise Parlamentarischen Staatssekretäre werden die öffentlichen Kassen unter dem Strich mehr kosten, als jene Kürzungsmaßnahme einbringt. Dies festzuhalten, gebieten Klarheit und Wahrheit des politischen Gebarens, die in den letzten Wochen in Bonn zur Genüge ramponiert worden sein sollten.

(-/5.10.1982/hl/ca)

+ + +



Abfallprodukt der Innenpolitik

Neue Koalition mit rechtspolitischem Armutszeugnis

Von Inge Donnepp MdL

Nordrhein-Westfälischer Justizminister
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Mit keinem Wort hat sich die neue Koalition im Bundestag anlässlich des konstruktiven Mißtrauensvotums zur Rechtspolitik geäußert. Sie verfolgte ihre "Null-Linie" weiter. Auch in dem ansonsten umfangreichen Koalitionspapier kommt Rechtspolitik praktisch nicht vor und verkümmert so zum "Abfallprodukt der Innenpolitik". Angesprochen werden in dem Papier lediglich - und auch das nur in der Form einer vagen Prüfungszusage - das Kontaktsperregesetz sowie die Frage, ob ein Verteidiger nur einen einzigen Mandanten vertreten kann.

Zu diesem rechtspolitischen Defizit ist festzuhalten, daß sich die neue Regierung den aktuellen rechts- und justizpolitischen Fragen verweigert. Das ist angesichts der Vielzahl von drängenden Fragen der tagtäglichen Rechtspolitik nicht nur ein kaum noch überbietbares Armutszeugnis, sondern schon ein Ärgernis. Schließlich ist die Rechtspolitik in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung.

Unter den politisch veränderten Umständen in Bonn werde ich als Justizministerin des bevölkerungsreichsten, SPD-regierten Bundeslandes die neue Koalition zwingen, sich mit den jeden Bürger betreffenden Problemen der Rechtspolitik auseinanderzusetzen:

- Angemessene rechtsstaatliche Erwiderung auf neue gesellschaftliche und technische Herausforderungen;
- Ausbau der Rechtstellung der Frau durch ein Gleichstellungsgesetz;
- Ausbau des Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzes;
- Verteidigung des sozial-ausgeworbenen Mieterschutzes;
- vorgerichtliche Konfliktlösungen zur Förderung des sozialen Friedens;
- kriminalpolitische Konzepte, insbesondere zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität mit ihren Milliarden Schäden für die Gemeinschaft;
- wirksame Alternativen zur Freiheitsstrafe bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Sicherheitsansprüche des Bürgers;
- Sicherung des freiheitlichen Versammlungsrechts.

Ich werde mich nachdrücklich allen Bemühungen widersetzen, daß unter dem Vorwand, "Mißbrauch" beseitigen zu müssen, mühsam errungene sozialstaatliche Rechte abgebaut werden.

(-/5.10.1982/bgy/oa)

+ + +



Heiner Geißler in unsauberer Doppelrolle

Familienministerium künftig CDU-Parteizentrale?

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Der "Wechsel" ist da. Erste Hinweise gibt es, daß mit ihm zwar alles anders, aber schlechter wird.

Wie man in den letzten Tagen hören konnte, beabsichtigt der neue Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, auch nach Übernahme dieses Amtes Generalsekretär der CDU zu bleiben. Er bewahrt damit Tradition, denn auch Bruno Heck, der von 1962 bis 1968 Familienminister war, hatte beide Funktionen inne. Geißler wird, wie seinerzeit Heck auch, auf einen entsprechenden Unterbau im Ministerium für seine Doppelrolle zurückgreifen können. Zwar ist Geißler nicht Verfassungsminister geworden und die Absicht, Generalsekretär und Minister sein zu wollen, ist auch kein "Anschlag auf die Verfassung", aber sauber ist eine solche Regelung nicht. Der neue Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU wird hier bald für eine Klärung sorgen müssen. Dabei sollte Helmut Kohl auch überlegen, ob er den Miterfinder der sogenannten "Neuen Sozialen Frage", Heiner Geißler, nicht überfordert, wenn er von ihm verlangt, die in den "Neuen Grundsätzen der Sozialpolitik" der Koalition von CDU/CSU und FDP vorgesehenen Sozialhilfekürzungen in Gesetzesform zu gießen.

- War es denn nicht der Kern der Geißlerschen Aussage, daß die organisierten Gruppen in unserer Gesellschaft ihre Besitzstände auf dem Rücken der nichtorganisierten oder nichtorganisierbaren Menschen verteidigen und ausbauen?
- Deutet nicht alles darauf hin, daß Geißler jetzt am Beispiel der Sozialhilfeempfänger, denen schier unerträgliche Opfer zugemutet werden sollen, nachträglich die Richtigkeit seiner These beweisen will?
- War denn nicht Geißler maßgeblich an der Erstellung des Wahlprogramms der Union für die Bundestagswahl 1980 beteiligt, in dem eine regelmäßige Überprüfung der Höhe des Kindergeldes gefordert wurde?
- Hat die Überprüfung durch die "neue Mehrheit" dazu geführt, daß jetzt Kürzungen von 20 DM für das zweite Kind und von 70 DM für das dritte und jedes weitere Kind bei Eltern oberhalb einer gewissen Einkommenshöhe vorgenommen werden sollen?
- Sind all die von der "neuen Mehrheit" geplanten Maßnahmen, die negativ auf die Familien einwirken, die versprochene "moralisch wie politische Offensive für die Familie"?

"Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen", so steht es im Wahlprogramm 1980 der CDU/CSU. Es scheint, daß diese Unionsaussage zur Familienpolitik die einzige ist, die Aussicht auf Erfüllung hat. (-/5.10.1982/ks/oa)

+ + +



Wo bleibt Dreggers Steuergarantie?

Die markigen Sprüche des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden verhallen

Von Dr. Karl Heinz Klejdzinski
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dregger, gerade als Fraktionsvorsitzender bestätigt, muß wohl in Zukunft mit mehr Widersprüchen leben, als er noch am 16. September meinte, dem Kanzler vorwerfen zu müssen.

Nicht nur das unstrittene Lamsdorff-Papier erwies sich als Stolperstein, vielmehr beweist der Unionspolitiker eindrucksvoll, für wie flüchtig er seine eigenen Aussagen erachtet. In diesen Zeiten gilt in Bonn für die neue Koalition weder das früher geschriebene noch das gesprochene Wort.

Da ließ es sich vor kurzem noch gut aus dem Oppositionssessel heraus polternd feststellen, daß eine "Steuergarantie" nach den "Erhöhungsexzessen bei fast allen Steuerarten in den letzten Jahren" her müsse, um jetzt genau die Steuer - nämlich die Mehrwertsteuer - zu erhöhen, die vor allem die Kaufkraft der niedrigen Einkommensstufen einschränkt und gegen deren Erhöhung die Union im Verein mit der FDP in der Vergangenheit so vehement ihr Veto eingelegt hat. Da wurde mit anklagendem Zeigefinger auf die SPD gezeigt, um nun - 14 Tage später - ganz ungeniert eine - wenn auch mit einem anderen, vielleicht in den Ohren der Union wohiklingenderen Namen belegte - Ergänzungsabgabe zu fordern.

Dregger als Fraktionsvorsitzender wird sich den Kopf zerbrechen müssen, warum eine Maßnahme der sozialliberalen Koalition blockiert werden mußte, wenn genau die gleiche Maßnahme unter dem Namen einer christlich-liberalen Koalition als Gebot der Stunde propagiert wird.

Widersprüche, die aus der Sicht der Wähler eine schwerwiegendere Verschuldung für ein demokratisches Staatswesen darstellen können, als die vielzitierte Staatsverschuldung, die ja zudem auch noch durch weitere Kreditaufnahmen über das von der SPD-FDP-Koalition geforderte Maß hinaus erhöht wird. (-/5.10.1982/ks/ca)

+ + +



Offene Gespräche

DDR-Führung ist tief besorgt über Bonner Regierungswechsel

Von Arne Börnsen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

In den vielen Gesprächen, die eine Delegation der Arbeitsgruppe Forschung der SPD-Bundestagsfraktion in der DDR mit Vertretern der dortigen Regierung führte, kam die Sorge über die künftige Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen zum Ausdruck. Die Bonner Abgeordneten wurden vielfach nach ihrer Einschätzung der Politik einer konservativ-liberalen Regierung zu Themen der Friedenssicherung, der Entkrampfung des Ost-West-Verhältnisses oder weiterer vertrauensbildender Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten gefragt, ohne darauf eine verbindliche Auskunft geben zu können. Wir gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die abgeschlossenen Verträge eingehalten werden, andererseits sei jedoch zu erwarten, daß das Klima sich deutlich abkühlen werde und Fortschritte im Verhältnis beider Staaten unwahrscheinlich seien.

Die Gesprächspartner auf Seiten der DDR waren "hochkarätig": Stellvertretende Minister, Präsident der Bauakademie und Generaldirektor des EDV-Kombinats Robotron in Dresden. Das Ziel, durch Gespräche zu Sachthemen dazu beizutragen, Gemeinsamkeiten und nicht das Trennende hervorzuheben, ist vorbehaltlos gelungen.

Entgegen der anfangs gehegten Skepsis waren die Unterredungen offen, Probleme wurden ausdiskutiert, unterschiedliche Auffassungen wurden nicht ausgeklammert. Mein besonderes Interesse galt den Auswirkungen der Mikroelektronik, die in der DDR wegen des Arbeitskräftemangels, aber auch wegen der zentralistischen Wirtschaftsordnung konzentrierter zur Anwendung gebracht wird als in der Bundesrepublik. Andererseits leidet die DDR offenkundig an mangelnder Kapitalausstattung, was eine Umstellung der Wirtschaft auf zukunftsorientierte Technologien stark behindert.

Besonders kontrovers verlief, wie zu erwarten, das Gespräch mit den Abgeordneten der DDR-Volkskammer. Geprägt von offensichtlicher Unsicherheit wurde - ohne das die Wahlsysteme auch nur angesprochen zu werden brauchten - die erheblich geringere Einflußmöglichkeit und Kontrollfähigkeit der Volkstammerabgeordneten deutlich. Das Parlament der DDR tritt lediglich viermal pro Jahr zusammen (der Bundestag cirka 25 mal). Die Willensbildung in Fraktionen des Bundestages steht einer mehr gutachterlichen Tätigkeit der Volkstammer gegenüber. Die Bundestagsabgeordneten sind von ihrer beruflichen Tätigkeit entbunden; die Volkstammer wird nebenberuflich und entsprechend untergeordnet wahrgenommen. Während die DDR-Abgeordneten ernst erklärten, mindestens einmal pro Woche eine Abendveranstaltung wahrnehmen zu müssen, hat der Bundestagsabgeordnete kaum einen Abend in der Woche ohne Terminverpflichtung.

Den Abschluß des DDR-Besuches bildete eine Besichtigung des Braunkohle-Tagebaus in Senftenberg und die Stadt Dresden. Die imposanten technischen Einrichtungen zur Förderung von jährlich 260 Millionen Tonnen Braunkohle wurden erstmals westlichen Abgeordneten gezeigt: Eindrucksvolle Technik, aber beklemmende Umweltbelastung durch Braunkohlkraftwerke und extrem mangelhafte Rekultivierung der geradezu riesigen Abbauflächen, die wie Mondlandschaften wirken und für Jahrzehnte ökologisch, vernichtet sein werden.

Aber noch beklemmender der Eindruck der in den letzten Kriegsmonaten völlig zerstörten Stadt Dresden. Die unwiederbringlichen Kunstwerke sind zwar teilweise wiederaufgebaut und vorbildlich restauriert, so der Zwinger, die Kreuzkirche und bis 1983 die Semper-Oper, während das Schloß noch als Ruine, als Torso innerhalb des Komplexes steht. Aber mehr noch als die erschreckenden Beweise der wahnsinnigen Zerstörung - rußgeschwärzte Giebel, verfallende Ruinenreste - war der Bruch zwischen Baukunstwerken und einer geradezu langweiligen Retortenstadt in Ostarchitektur, die keine Bezüge mehr zur einseitigen Elbmetropole aufweist.

(-/5.10.1982/ks/ca)

+ + +



Bayern am Rande der Demokratie

Auch im "CSU-Rundfunk" Machtmißbrauch

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD
Mitglied des SPD-Vorstandes

Mit ohnmächtiger Wut haben am Montag um 13.05 Uhr viele Bürger im Fernsehen mit ansehen müssen, wie der "Schwörathlet" Friedrich Zimmermann von der CSU mit den Worten "Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe" seinen Amtseid als neuer Innenminister leistete. Obwohl er einst einen Falscheid leistete und dies nachher mit vermindelter geistiger Zurechnungsfähigkeit begründete, mußte dieser "Old Schwurhand" dem Bundestagspräsidenten kein ärztliches Attest vorlegen, daß er jetzt im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte sei. Die Bestellung Zimmermanns zum Verfassungsminister der Bundesrepublik Deutschland ist von den Medien kaum kritisch kommentiert und meist eher achselzuckend zur Kenntnis genommen worden. Deutet sich hier eine abnehmende Sensibilität des Rechtsempfindens an? Oder einfach nur eine gewisse Resignation der Medienarbeiter gegenüber einer mächtigen Partei, die ja doch tut, was sie will und sich nahezu alles leisten kann?

Vom bayerischen Fernsehen hat die SPD selbstverständlich nicht erwartet, daß es seinen Zuschauern auch nur in Erinnerung bringen würde, welche dubiose Vergangenheit dem Innenminister anhaftet. Das Bayern-TV bewährt sich in diesen Wochen wir kaum je zuvor als Werbeagentur der CSU. Selbst harmlos-unterhaltende Sendungen werden für CSU-Dienstleistungen mißbraucht. Der letzte Samstag-Club war ein Beispiel dafür. Da palaverten der CSU-Mann Stücklen und der CSU-TV-Mann Feller herzlich einvernehmlich miteinander. Feller profilierte sich, wie vor seiner Berufung erwartet, als CSU-Stichwortgeber. Den mitdiskutierenden Chefredakteur der "Nürnberger Nachrichten", Helmut Bauer, schaltete man aus, indem man ihm das Wort abschnitt, sobald die Befürchtung aufkam, er könne etwas CSU-Ungenehmes sagen.

Nach wie vor hat das bayerische Fernsehen die Absicht, Strauß am kommenden Donnerstag einen Open-End-Solo-Auftritt zu verschaffen. Nach SPD-Recherchen war dies seit Gedenken in keinem anderen Bundesland der Fall, daß der Regierungschef im Landesfernsehen vor der Wahl sozusagen das Schlußwort erhielt. In Bayern hält sich auch darüber die Aufregung in engen Grenzen. Die SPD wird sich jedoch nicht damit abfinden, daß das bayerische Fernsehen als CSU-Staatsfernsehen akzeptiert wird.



Ich habe bei Intendant Vöth gegen diese Strauß-Bevorzugung protestiert und eine Dreier-Diskussion der Spitzenkandidaten oder der im bayerischen Landtag vertretenen Vorsitzenden der Parteien gefordert. Vöth jedoch scheint nicht begreifen zu wollen, daß sein Haus in grober Weise gegen jede Wahlkampf-Fairneß verstößt. Er fand es vielmehr für "sinnvoll, daß sich am Schluß einer Amtsperiode der Ministerpräsident den Fragen und der Kritik zur Bilanz seiner Amtszeit stellt".

Herr Vöth, Strauß stellt sich nicht als Ministerpräsident zur Wahl, sondern als Spitzenkandidat seiner Partei. Der Bayerische Rundfunk möge nach Belieben - tut er ja auch - dem Ministerpräsidenten Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben, aber drei Tage vor einer Landtagswahl stellt es eine Unverschämtheit dar, Strauß einen Sonderauftritt zu ermöglichen. Und wenn, dann wäre es selbstverständlich, daß auch die Spitzenvertreter der Opposition kurz vor der Wahl eine Bilanz ihrer Amtszeit und der Legislaturperiode ziehen, und zwar ebenso in Einzelsendungen wie Strauß.

Allerdings war die Antwort des Intendanten verglichen mit der aus der Staatskanzlei immer noch im Bereich des formalen Anstands. Die Staatskanzlei tickerte über den Fernschreiber, eine Sendung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten "unterscheidet sich ganz wesentlich von einer Sendung mit Spitzenpolitikern der politischen Parteien". Selbst drei Tage vor der Wahl ist also der Ministerpräsident, obwohl er sich als Parteitagspräsident zur Wahl stellt, etwas ganz anderes als gewöhnliche Spitzenpolitiker. Merkt die Staatskanzlei nicht, daß sie sich mit derlei Erklärungen am Rande der Demokratie bewegt?

Eine Petitesse? Künstliche Aufregung? Die SPD hat es erlebt, daß ihr der Langemann-Skandal als Wahlkampfmanöver interpretiert wurde, obwohl es dabei im Kern um die Frage geht, ob sich Mitglieder der Staatsregierung an Recht und Verfassung gehalten haben. Die SPD mußte es erleben, daß der CSU-Ministerpräsident Strauß einen Polizeibereichsleiter nach Gutdünken im Zorn absetzt und damit gegen das Ressortprinzip der Verfassung verstößt. Massenverhaftungen von größtenteils Unschuldigen in Nürnberg wurden von der CSU als Maßnahmen zur Wahrung des Rechtsstaates zurechtgebogen.

In Bayern passiert wahrhaftig zuviel, ohne daß etwas passiert. Die CSU bewegt sich mit ihren Methoden des Machtmißbrauchs und der Beugung rechtsstaatlicher Prinzipien nach Auffassung der SPD am Rande der Demokratie. (-/5.10.1982/bgy/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

